

# Eine kleine Geschichte über Schulden

von

Heiner Flassbeck

FTD, ... Mai 2004

Deutschland Wunderland. Die Regierung hat etwas gelernt. Nach drei langen Jahren der Stagnation und der Drohung eines vierten, will sie höhere Schulden nicht mehr ausschließen. Doch unter den ersten, die das glatt ablehnen, sind die Unternehmensverbände. Die sagen, staatliche Schulden seien grundsätzlich schlecht. Die Regierung sagt, sie will mehr Schulden machen, damit es den Unternehmen besser geht, sie investieren können und Arbeitsplätze schaffen. Das wollen die Funktionäre der deutschen Unternehmen aber nicht.

Was passiert konkret, wenn der Staat mehr Schulden macht. Er nimmt mehr Geld als geplant, sagen wir 15 Milliarden Euro, am Kapitalmarkt auf und – er gibt das Geld sofort aus. Bessere Bildung, mehr Geld für die Forschung und so weiter. Auch mehr Geld für Arbeitslose ist erforderlich. Wo aber kommt das ganze Geld am Ende an? Wer profitiert, wenn Hochschulen renoviert werden, wenn mehr Computer und bessere Laboreinrichtungen gekauft werden? Wer ist begünstigt, wenn der Straßenbau angekurbelt wird, wenn der Staat Innovationszentren fördert oder die Grundlagenforschung in Deutschland stärkt? Wer wird entlastet, wenn er Arbeitskräfte freisetzt, diese Menschen aber so viel Geld vom Staat bekommen, dass sie weiter Güter am Markt kaufen können?

Immer sind die Hauptbegünstigten die Unternehmen. Wo auch immer der Staat das Geld hin steckt, nach einiger Zeit kommt das Geld bei den Unternehmen an. Da die Lohnsteigerungen für die nächsten beiden Jahre praktisch festliegen und neue Arbeitsplätze nicht sofort geschaffen werden, da die importierten Güter – außer Öl - insgesamt nicht viel teurer werden dürften, da niemand plant, gleichzeitig staatliche Leistungen zu verteuern oder die Steuern zu erhöhen, bekommen diejenigen fast das ganze Geld, die keine Verträge über ihre Einkommen in diesem Jahr abgeschlossen haben, sondern sich als Gewinn das ausbezahlen, was übrig bleibt, wenn alle abgeschlossenen Verträge bedient sind. Das sind die Unternehmer. Warum wollen die deutschen Unternehmensverbände das nicht?

Die Einwand, der üblicherweise in Form der „Globalisierung“ daher kommt, sind die Importe, die auch noch an der durch die Schulden ausgelösten Verbesserung der Wirtschaftslage beteiligt sind. Das ist richtig. Etwa 25 Prozent aller in Deutschland umgesetzten Waren kommen von ausländischen Unternehmen. Aber auch das sind Unternehmen! Und diese Unternehmen kaufen wieder deutsche Maschinen oder deutsche Autos.

Wenn aber der Staat, sagen andere, sich sozusagen stellvertretend für die Unternehmen am Kapitalmarkt mit 15 Milliarden Euro verschuldet und den Unternehmen 15 Milliarden für ihre angebotenen Leistungen gibt, dann belastet das die privaten Haushalte in der Zukunft, weil sie mehr staatliche Schulden abtragen müssen. Das ist ein seltsames Argument. Wir kaufen mehr als ohne diese staatliche Verschuldung von deutschen Unternehmen und reduzieren damit deren Verschuldung oder erhöhen deren Gewinne, wir bilden unsere Kinder besser aus, wir erhöhen die Fähigkeit ausländischer Unternehmen, von uns Güter zu kaufen – und das alles belastet unsere Zukunft? Was ist, wenn die deutschen und die ausländischen Unternehmen

aufgrund der höheren Gewinne, die sie jetzt haben, mehr investieren und Arbeitsplätze schaffen? Belasten diese Investitionen und die Arbeitsplätze unsere Zukunft? Steht den staatlichen Schulden dann nicht ein Gegenwert gegenüber, der die fiskalische Belastung ohne weiteres ausgleicht?

Was offenbar nicht verstanden wird: Wer sagt, der Staat darf sich trotz Flaute nicht mehr verschulden, muss auch sagen, wer sich dann verschulden soll. Solange die privaten Haushalte sparen, muss sich, in der Gesamtwirtschaft ist das zwingend, ein anderer Sektor in Höhe der Ersparnisse der Haushalte verschulden. Tun das die Unternehmen selbst bei niedrigen Zinsen nicht freiwillig, muss sich manchmal der Staat quasi stellvertretend für die Unternehmen verschulden. Das ist weder böse noch belastend für die Zukunft, sondern die einzige Möglichkeit, die geplanten Ersparnisse der privaten Haushalte sinnvoll zu verwenden und das Einkommen, das alle – Unternehmen und Haushalte - gerne erzielen würden, auch zu realisieren.

Was bedeutet es, dass die deutschen Unternehmensverbände Sturm laufen gegen den Versuch des Staates, die Gewinne der Unternehmen zu erhöhen? Ist es nur mangelndes Verständnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge? Oder ist es der Versuch, das ganze System durch ein paar hunderttausend neue Pleiten von Unternehmen und eine Million weiterer Arbeitslose sturmreif zu schießen? Doch wohin soll das System, wenn es erst einmal zerschossen ist? Dahin, dass die privaten Haushalte und der Staat kein Geld mehr haben, um die Produkte der Unternehmen zu kaufen? Dahin, dass Deutschland nur noch exportiert, ohne selbst zu konsumieren und zu importieren? Dahin, dass Unternehmen Gewinne ohne jede Gegenleistung erhalten? Wie viele Jahre Stagnation können sich selbst die großen deutschen Unternehmen noch leisten? Wäre es für die Unternehmen nicht an der Zeit, die Dogmen oder die längst gescheiterten Strategien der eigenen Verbände grundsätzlich in Frage zu stellen?